

Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Jörg Hackmann und Klaus Roth. (Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa, Bd. 5.) Oldenbourg. München 2011. 294 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-486-70495-2. (€ 39,80.)

Obgleich die Protestbewegungen und gesellschaftlichen Selbstorganisationen innerhalb der sozialistischen Staaten Osteuropas maßgeblich den wissenschaftlichen Diskurs über den Begriff der Zivilgesellschaft nach dem demokratischen Umbruch 1989 belebt haben, beherrscht bislang vor allem der „westliche“ Raum die Theorie bildende Diskussion. Dies ist Grund genug, einen Tagungsband über Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa auch mit einiger zeitlicher Verzögerung – die Tagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates fand bereits 2003 statt – herauszubringen. Doch es ist nicht nur das räumliche Spektrum, das hier anregende Aspekte in die Diskussion einbringt, sondern die Beiträge greifen zusätzlich auch einige Desiderate der bisherigen Forschungsdebatte auf. So wurde bisher oft bemängelt, dass in den gängigen theoretischen Ansätzen die Felder Wirtschaft und Religion entweder per definitionem ausgeschlossen oder nur am Rande betrachtet wurden. Diesen und weiteren Themenbereichen stellen sich die in dem vorliegenden Band zusammengestellten Abhandlungen für den osteuropäischen Raum in zeitlich übergreifender Perspektive.

Einleitend nehmen die Hrsg. die aktuelle Forschungsdiskussion auf und setzen sie in Bezug zu den spezifischen Strukturen der osteuropäischen Geschichte. Während Jörg Hackmann bei den zentralen Fragestellungen zur Analyse zivilgesellschaftlicher Entwicklung auf die Notwendigkeit hinweist, auch die Bereiche Familie, Religion und Geselligkeit zu berücksichtigen, stellt Klaus Roth in Frage, ob das westlich geprägte normative Konzept von Zivilgesellschaft die Lebenswirklichkeit gerade auch in Südosteuropa überhaupt zutreffen könne, zumal die gemeinhin angenommenen Voraussetzungen zivilgesellschaftlichen Handelns hier nur ansatzweise gegeben seien.

Dass andererseits die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen in manchen ostmitteleuropäischen Rechtsnormen nach 1989 auch als Stimulans für radikaldemokratische Kritik in Westeuropa dienen kann, zeigt Angelika Nußberger, die in ihrem Beitrag über Zivilgesellschaft als neues Konzept des Verfassungsrechts auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und Entwicklungen in Ostmitteleuropa (Reformen durch Runde Tische) und Osteuropa (Reform von oben) und die daraus resultierenden, divergierenden Kodierungen verweist. Die Bedeutung der Wirtschaftsordnung in ihren Komponenten Planungssystem und Eigentumsordnung analysiert Karl von Delhaes für die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in den sozialistischen Systemen, wobei er letztlich historische Erfahrungen und Traditionen als wichtiger für das Handeln einschätzt als die materiellen Voraussetzungen.

Mit den historischen Voraussetzungen früher Formen zivilgesellschaftlichen Engagements beschäftigen sich dann auch die meisten Beiträge des Bandes in ganz unterschiedlichen Bereichen. So untersucht Hermann Beyer-Thoma die Aktivitäten der russischen Altgläubigen, die sich, religiös motiviert, von Staat und Staatskirche unabhängige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisationsstrukturen schufen, die oftmals die ursprünglichen Beweggründe überdauerten und zum Nährboden für nationalistische Vorstellungen wurden. Den Einfluss von Religion und insbesondere der Infrastrukturen der katholischen Kirche auf das Entstehen zivilgesellschaftlicher Organisationen untersucht Eligiusz Janus für das preußische Teilgebiet Polens im 19. Jh. Während einerseits die restriktive und auf Exklusion zielende Politik der Staatsmacht die zivile Selbstorganisation der polnischen Bevölkerung geradezu erzwungen habe, seien andererseits Ausmaß und Intensität der organischen Arbeit (*praca organiczna*) ohne die Unterstützung durch die kirchlichen Strukturen nicht denkbar gewesen. Eine ganz andere Rolle des Staates beschreibt Harald Heppner für die Habsburgermonarchie. Er sieht ihn hier als Impulsgeber zivilgesellschaftlicher Ansätze, der auf diese Weise Wohlstand und Harmonie im polyethnischen Reich habe steuern wollen. Für die böhmischen Länder weist Robert Luft auf eigenständige Traditionen ziviler Organisations- und Denkweisen hin, die bis in die Zeit der Aufklärung zu-

rück- und bis in die Gegenwart hineinreichten, wobei die nationale Konkurrenz von Deutschen und Tschechen zur Bildung von Partialgesellschaften geführt, damit gleichzeitig aber auch eine hohe gesellschaftliche Mobilisierung gefördert habe. In ähnlicher Weise beschreibt Elena Manová die Chancen und Begrenzungen des Potenzials von Vereinen in der Slowakei. Die Asynchronität der Nationalismen schuf hier unterschiedliche Voraussetzungen für Ungarn, Slowaken und Tschechen, die sich im Grad der Organisation deutlich feststellen lassen.

Einen interessanten Ansatz wählt Juliane Brandt, die die spezifische Struktur eines neu besiedelten ungarischen Marktfleckens nach der Rückeroberung vom Osmanischen Reich seit dem 18. Jh. als „Voraussetzungsfeld der Entfaltung von Zusammenschlüssen“ (S. 231) betrachtet. Ethnisch und konfessionell gemischt, grenzte sich die Bevölkerung bereits siedlungstechnisch voneinander ab, Vereine und freiwillige Zusammenschlüsse entstanden vor allem berufsspezifisch entlang der konfessionellen und sprachlichen Trennlinien. Trotz übergreifender Herausforderungen änderte sich dies bis zum Ersten Weltkrieg nicht, wohl aber differenzierten sich die Vereine in sozialer Hinsicht aus. Bei der Suche nach den Anfängen zivilgesellschaftlichen Handelns wirft Gabriele Wolf einen Blick auf das selbst organisierte Theater als Bildungsinstitution im Bulgarien des 19. Jh. und sein Streben nach institutioneller Verankerung und staatlicher Anerkennung, während Claudia Weber die Rolle bulgarischer Veteranenverbände bei der Implementierung einer nationalen Erinnerungskultur nach 1878 untersucht, die den staatlichen Vorstellungen von einer fortschrittlichen europäischen Nation zuwiderlief und eine konkurrierende Gesellschaftsvision anbot. Wenn Weber hier von einer Polyvalenz der Analysekatgorie Zivilgesellschaft spricht, die in der Interaktion unterschiedlicher Trägerschichten und Vermittlungsmedien zutage tritt, so ist dies nicht nur auf den Fall Bulgariens anzuwenden. Ihr Plädoyer für mehr Sensibilität gegenüber den diachronen und asymmetrischen Entwicklungen der europäischen Geschichte gilt für die historische Vielfalt des gesamten osteuropäischen Raumes im besonderen Maße. Der vorliegende Band mit seinem breiten Spektrum unterschiedlichster Betrachtungen von Ungarn bis Russland und von Lettland bis Serbien bietet dazu anregende Ansätze. Wünschenswert wäre eine weitere Vertiefung der hier begonnenen Auseinandersetzungen mit den divergierenden zivilgesellschaftlichen Traditionen und ihren Kontinuitäten gerade auch in den sich ändernden Kontexten des 19. und 20. Jh.

Düsseldorf

Sabine Grabowski

Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. (Colloquia Baltica, Bd. 19.) Hrsg. von Karoline Gil und Christian Pletzing. Meidenbauer. München 2010. 176 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-89975-213-7. (€ 29,-)

Wohl kaum eine andere europäische Staatsgrenze bildete in der neueren europäischen Geschichte ein solches Politikum wie die deutsch-polnische. Während sie bis zu den Teilungen Polens lange Zeit über stabil gewesen war, existierte sie seitdem lediglich in der Vorstellungswelt der polnischen Nationalbewegung und wurde erst in der Nachfolge des Ersten Weltkrieges wieder politische Realität. In der Weimarer Republik bildete sie als „blutende Grenze“ den Ausgangspunkt für revisionistische Bestrebungen von deutscher Seite. Mit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 endete ihre politische Existenz erneut, nur um im Sommer 1945 von den Siegermächten wieder hergestellt zu werden. Während dieses gesamten Zeitraums war sie stets Gegenstand von Debatten in Politik, Publizistik und Wissenschaft beiderseits der Grenze. Sie wurde analysiert, diskutiert und stets neu imaginiert und entwickelte sich auf diese Weise zum Symbol eines deutsch-polnischen Antagonismus, der erst in der vertraglichen Anerkennung der sog. Oder-Neiße-Linie durch das (wieder)vereinigte Deutschland im Jahr 1990 ein Ende zu finden schien.

Diese Debatten stehen im Mittelpunkt des von Karoline Gil und Christian Pletzing herausgegebenen Sammelbandes, der auf einer im Juni 2008 stattgefundenen Tagung der Academia Baltica basiert. Zwar liegen bereits einige fundierte Arbeiten zur Geschichte der